

Zeitbericht

Deutschland und der Osten — Die spanischsprechenden Katholiken der USA und die christliche Zukunft Lateinamerikas — Die katholischen Schulen in den Vereinigten Staaten — Theologisch-politisches Fernstudium in der UdSSR — Die katholische Kirche in Australien.

Deutschland und der Osten. 929 gab Otto der Große die Stadt Magdeburg seiner jungen Gemahlin, der englischen Prinzessin Edith, als Morgengabe. Die Stadt war Grenz- und Handelsplatz gegen Osten, und Otto liebte offenbar den Blick in die weiten Ebenen, die hier nach der Stadt griffen. Er war ihr immer mit besonderer Liebe zugetan und, als er sie nach jahrzehntelangen Verhandlungen und Bemühungen endlich 966 zum Erzbistum für die östlichen Gebiete erheben konnte, statete er sie mit Ehren und Privilegien über alle Bistümer rechts des Rheines aus: ein deutsches Rom mit dem Blick nach Osten.

Zwölf Jahre genügten, um die mühevollen Arbeit eines Jahrtausends zunichte zu machen. Das freie Deutschland steht heute im Grund vor einer ähnlichen, jedoch viel schwierigeren Aufgabe als die Sachsenkaiser, deren Reich vor 1000 Jahren von der Kieler Bucht, die Elbe entlang, die Saale hinauf zum Fichtelgebirge, den Böhmerwald entlang zu den Ostalpen verlief, eine Grenze, die reichlich unbestimmt war, so wie auch die östlichen Anrainer, die großen und kleinen Slawenstämme, unbekannt waren und blieben. So ungefähr verläuft heute der „Eiserne Vorhang“, von der Kieler Bucht aus freilich nicht mehr der Elbe entlang, sondern nahe an Fulda vorbei, um dann nach Osten zu springen dem Fichtelgebirge zu und dem Kamm des Böhmerwaldes entlang zu den Ostalpen dem Reiche Titos entgegen. Diesmal aber mitten durch ein Volk, mitten durch eine Kultur; denn diesseits und jenseits wohnen Sachsen und Franken und Bayern, diesseits liegt Würzburg, die zerstörte fürstbischöfliche Stadt, und jenseits liegen Dresden, die höfische Residenz, und Prag, die kaiserliche Stadt mit der ältesten deutschen Universität. Zwischen den zwei Grenzen liegen 1000 Jahre deutscher und slawischer Geschichte.

Von dieser Geschichte, von ihrer geistigen Bewältigung her allein kann jenes Problem sinnvoll gelöst werden, das heute jedem Deutschen auf den Nägeln brennt, das leider heute nur allzuoft der politischen Leidenschaft und Demagogie, dem schwärmerischen Gefühl und der politischen Instinklosigkeit ausgeliefert wird: die Wiedervereinigung. Sowenig wie für den denkenden Menschen die Koexistenz um jeden Preis in Frage kommt, sowenig kann für den verantwortungsbewußten Deutschen die Wiedervereinigung um jeden Preis erwogen werden.

Die Wiedervereinigung und die Frage der einstweilen verlorenen Ostgebiete muß auf dem Hintergrund der über tausendjährigen deutsch-slawischen Auseinandersetzung gesehen werden.

Daß diese Auseinandersetzung heute nicht mehr mit machtpolitischen Mitteln geführt werden kann, daß sie vielmehr eine geistige sein muß, ist jedem klar, der das Fazit dieser Geschichte zieht: Krieg, Zerstörung, Haß, unendliches Leid auf beiden Seiten.

Es ist darum zu begrüßen, daß der „Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen“ am 16. März 1956 ein Gutachten veröffentlicht hat, das sich mit „Osteuropa in der deutschen Bildung“ befaßt.

Es heißt darin u. a.:

„Deutsche Kultur und deutsche Politik werden stets wesentlich dadurch bestimmt sein, daß Deutschland in der Mitte Europas liegt. Die Verbindung mit dem europäischen Osten ist für die geschichtliche Formung Deutschlands zeitweilig ebenso wichtig gewesen wie die nach Süden und Westen weisende Kulturtradition des christlichen Abendlandes. Trotzdem haben weite Teile unseres Volkes von Osteuropa, von den dort lebenden, überwiegend slawischen Völkern und von der Ge-

schichte und dem Leben der Deutschen, die zwischen diesen Völkern siedelten, nur eine ungenügende und oft eine falsche Vorstellung. Sogar die Kenntnis Ostdeutschlands und seiner Geschichte bis 1945 ist allgemein unzureichend geblieben, trotz der Millionen vertriebener Ostdeutschen, die heute mitten unter uns leben. Und doch ist jeder Deutsche als Bürger eines demokratischen Staates verpflichtet, sich wenigstens soviel Wissen und Einsicht zu erwerben, daß er dem künftigen Gang unserer Beziehungen zu den Völkern des Ostens mit Verständnis zu folgen vermag. Die slawischen Völker werden, gleichviel in welcher staatlichen Form, für alle Dauer unsere Nachbarn bleiben; wir werden auf weite Sicht mit ihnen Formen des friedlichen und fruchtbaren Zusammenlebens finden müssen. Das ist nur möglich, wenn wir für ihre Lebensbedingungen und Lebensbedürfnisse ein größeres Verständnis besitzen, das nur auf sichere Kenntnis gegründet sein kann. Auf den Gebieten der Naturwissenschaft und der Technik haben die östlichen Völker dank intensiver und einheitlich gesteuerter staatlicher Förderung auf breiter Grundlage außerordentliche Fortschritte gemacht. Diese Entwicklung werden wir sorgfältig beachten und daraus auch für unser Bildungswesen die notwendigen Schlüsse ziehen müssen.

Das Denken und Leben der östlichen Völker darf nicht mit der aus dem Westen stammenden Ideologie des bolschewistischen Marxismus gleichgesetzt werden, unter deren Herrschaft sie gegenwärtig stehen. Bis auf weiteres aber wird jede Begegnung mit dem Osten zu einer Auseinandersetzung mit dem Kommunismus führen. In jedem Stadium unseres Ringens um die Wiedervereinigung zeigt sich, daß die gedankliche Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus, wie er propagandistisch und organisatorisch in Mitteldeutschland und auch in der Bundesrepublik hervortritt, einer festeren Grundlage bedarf.

Da auch in Mitteldeutschland die Jugend systematisch im Geist des Kommunismus geschult wird, muß die Jugend Westdeutschlands ebenso systematisch über die Grundlagen und Konsequenzen kommunistischer politischer Systeme unterrichtet werden; schon unsere Jugend muß im Stand sein, gegenüber kommunistischen Gedankengängen die Grundgedanken einer auf geistige Freiheit und soziale Verantwortung gegründeten Lebensform wirksam zu vertreten.“

Auf Grund dieser Erkenntnisse fordert der Ausschuß die Erziehung und Bildung der Jugend zu einem von Vorurteilen und Irrtümern freien Verständnis der osteuropäischen Geschichte, die man dann auf jeden Fall mißverstanden hat, wenn man die Ideologie des Nationalstaates an sie heranträgt. Weiter fordert der Ausschuß die Möglichkeit, an Stelle von Englisch oder Französisch in den Höheren Schulen Russisch als Pflichtfach zu wählen. Die Durchführung dieser Vorschläge bietet zweifellos einige Schwierigkeiten. Aber mit Recht meint der Ausschuß: „Die Sache, um die es geht, ist für die Zukunft Deutschlands von so großer Bedeutung, daß sie an solchen Widerständen nicht scheitern darf.“

„Die hier umschriebenen Bildungsaufgaben können nur gelingen, wenn überall verstanden wird, daß es keinesfalls nur auf die Vermehrung von bloßem Wissen ankommt; es sind vielmehr Einsichten zu vermitteln, die das Bedürfnis nach einer Erweiterung des politischen Gesichtskreises wecken. Das eigentliche Ziel bleibt das Reifen des politischen Verständnisses in unserem Volk. Gerade auf dem Gebiet der Ostfragen muß die Bildungsarbeit von nationalistischen Tendenzen und propagandistischen Methoden völlig frei bleiben. Gegensätze ideeller oder realpolitischer Art sollten nicht verkleinert werden; werden sie der Klärung von Sachverhalten und Urteilen dienstbar gemacht, können gerade sie für ein weiteres Bildungstreben fruchtbar werden.

Eine solche Bildungsarbeit setzt voraus, daß unsere Erzieher die deutsche Einheit und die europäische Gemeinschaft wollen. Sie verlangt von ihnen Sachlichkeit, Klarheit und Standhaftigkeit. Sie duldet keinen Aufschub.“